



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 14.07.2011

=====

Einladung zur 2. öffentlichen Klärwerk-Sitzung

Mit dem erfolgreichen Volksentscheid "UNSER WASSER" haben die Berlinerinnen und Berliner die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge und aller dazugehörigen Beschlüsse und Nebenabreden durchgesetzt.

Am 4. März 2011 hat der Präsident des Abgeordnetenhauses das Gesetz des erfolgreichen Berliner Wasser-Volksentscheids ausgefertigt, mittlerweile ist es verkündet und in Kraft getreten. Der Parlamentspräsident hat vom Senat die Zusendung aller Unterlagen an das Abgeordnetenhaus angefordert, die Fraktionen haben die Unterlagen erhalten, jetzt stehen auch die Berliner Abgeordneten in der Pflicht. Sie müssen alle Dokumente und Vereinbarungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin prüfen und im Falle von Rechtsverstößen Klage erheben.

Das Klärwerk als Arbeitsgruppe des Berliner Wassertisches hat sich die Aufgabe gestellt, eine breite Öffentlichkeit zu informieren, Zusammenhänge zu klären und Ansätze aufzuzeigen, um gegen die skandalösen Verträge vorzugehen.

Die von uns durchgeführte systematische Prüfung des vorliegenden Vertragswerkes hat weitere Erkenntnisse erbracht, die wir Ihnen gern vorstellen möchten.

Begonnen haben wir in der ersten öffentlichen Sitzung von Klärwerk mit dem § 23 des Konsortialvertrages, der die Renditegarantie für die Konzerne RWE und Veolia beinhaltet und die Verpflichtung des Landes Berlin festschreibt, bei Unterschreitung der garantierten Rendite einen Gewinnausgleich an RWE und Veolia zu leisten. Erste Ergebnisse sind im Klärwerk-Info Nr.1 zusammengefasst.

Wir stellen Ihnen unser Klärwerk-Info Nr. 2 vor, welches wir wieder breit in der Öffentlichkeit verteilen werden. Es dokumentiert, dass die Renditegarantie auch dazu diente, dass RWE und Veolia zinsbegünstigte Kredite zu Kommunalkreditkonditionen für Ihre Privatinvestition bekamen (verdeckte Kreditaufnahme), für die das Land Berlin haftete.

Gegenstand der zweiten öffentlichen Sitzung von Klärwerk wird sein:

- Aushebelung des Demokratiegebotes durch die Privaten: Holdingprinzip und betriebliche Führung bei RWE und Veolia.
- Verstoß gegen Grundrechtsbindung (Rechtsstaatsprinzip): der Verkauf der Anteile von 49,9% erfolgte auf Dauer. Die Senatsmitglieder haben auf die Verfassung geschworen (Grundrechtsbindung), bei Verstoß entsteht eine Haftbarkeit.
- Behinderung des Parlamentes durch § 43 des Konsortialvertrages: der Geheimhaltungsparagraph des Vertrages – der auch heute noch gilt – ist gegen die Öffentlichkeit gerichtet. Die Demokratie wird ausgehebelt.
- Hinweise auf noch nicht offen gelegte Nebenabreden zu den Privatisierungsverträgen und deren Auswirkungen.

Die Sitzung wird am Dienstag, dem 19.7. 2011, um 17.00 im EG der Bezirkszentralbibliothek Friedrichshain-Kreuzberg, Frankfurter Allee 14a, (U-Bahnstation Frankfurter Tor (U5), Straßenbahnlinien M10 und 21 Frankfurter Tor), stattfinden. Wir laden Sie herzlich ein, mit uns den öffentlichen Klärungsprozess fortzusetzen.

Kontakt:

Gerlinde Schermer, Tel. 0177 246 29 83
Rainer Heinrich, Tel. (030) 34 33 32 32
Ulrike Kölver, Tel. (030) 217 25 07
Ulrike von Wiesenau, Tel. (030) 781 46 04